

Proteste erfolgreich

Kürzungen an Hochschulen werden zurückgenommen. GEW fordert Ausbau statt Stagnation der Mittel und bessere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen

Nachdem der SPD-geführte Senat kurz nach seiner Wahl entgegen der Wahlkampfversprechen Kürzungen an den Hamburger Hochschulen von 5-10 % angekündigt hatte, wurden diese Pläne nun nach monatelangen Protesten zurückgezogen. Stattdessen wurde zwischen der Behörde und Universität ein „Zukunftspakt“ vereinbart, der bis 2020 finanzielle Planungssicherheit vorsehen soll.

Neunjährige Stagnation der Mittel

Im sog. ‚Zukunftspakt‘, den die Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Frau Stapelfeld, und der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen, am Freitag, 21. Oktober 2011 vereinbart haben, wird der Haushalt der Universität bis 2020 auf 280 Millionen Euro festgelegt und ein jährlicher Aufwuchs von 0,88 Prozent festgeschrieben. Dies entspricht ihrem Haushaltszuschuss in 2010, der Kompensation aus den Studiengebührenmitteln sowie weiteren Mitteln, die die Universität bisher erhielt. Wird die jährliche Kostensteigerung von 2,5 Prozent einberechnet, bedeutet dieser ‚Zukunftspakt‘ bis 2020 ein stetiges Minus für den Haushalt der Universität. Ähnliche Verträge mit den anderen Hochschulen seien in Planung.

Es ist insbesondere dem engagierten und ausdauernden Protest der Studierenden, der Mitarbeiter/innen sowie der Leitungsebene der Hamburger Hochschulen zu verdanken, dass der Senat die

völlig übertriebenen Kürzungspläne vollständig zurückgenommen hat. Unklar ist, warum die neue Regierung einen solchen Zick-Zack-Kurs fährt und nach vollmundigen Ankündigungen zuerst radikale Kürzungen ankündigt, um diese kurz darauf vollständig zurückzunehmen. Nach diesen Verwirrungen sollte es der Senatorin Stapelfeld in ihrer weiteren Amtszeit darum gehen, das bisher verlorene Vertrauen in die Zusagen der Politik wieder herzustellen. Statt einer neunjährigen Stagnation der Mittel erwartet die GEW, dass der Haushalt der Hamburger Hochschulen nachfrage- und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Die GEW erwartet, dass sich die Politik nach diesen Verwirrungen nun den drängenden Problemen zuwendet, die die Vorgängerregierung hinterließ – so steht die Novellierung des verfassungswidrigen Hochschulgesetzes auf der Agenda, ebenso ist eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten dringend notwendig. Denn gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille.

Befristung: nicht die Ausnahme, sondern die Regel

Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebene Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (Wiss-ZeitVG), das seit 2007 den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen mit Personal an

Hochschulen und Forschungseinrichtungen regelt, kommt zu alarmierenden Ergebnissen.

Der Evaluationsbericht gibt den Anteil der befristet beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen für 2009 mit 83 Prozent an. Dies stellt einen erheblichen Anstieg dar, denn seit Mitte der achtziger Jahre bis zum Jahr 2005 hatte der Anteil noch stabil bei 74 bis 76 Prozent gelegen. Dabei ist zu beachten, dass diese Quote sowohl BeamtInnen als auch die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an Fachhochschulen einschließt, sonst läge der Anteil der befristet Beschäftigten noch höher. Bei den Dritt-mittelbeschäftigten beträgt der Anteil der befristet Beschäftigten 97 Prozent.

Vertragslaufzeiten meistens unter einem Jahr

Geradezu dramatisch fallen die Befunde zu den Laufzeiten von befristeten Beschäftigungsverhältnissen aus. An Hochschulen hat mehr als die Hälfte aller Zeitverträge (53 Prozent) eine Laufzeit von unter einem Jahr, weitere 36 Prozent haben eine Laufzeit von ein bis zwei Jahren, nur 11 Prozent haben eine Laufzeit von zwei Jahren und länger. Selbst die AutorInnen des Berichts kommen nicht um ein kritisches Urteil herum: „Die Untersuchungsergebnisse lassen jedoch – bei allen Unterschieden im Detail – ein deutliches Potenzial erkennen, die Vertragsmodalitäten für die Zeit der wissenschaftlichen Qualifizierung zu verbessern.“

Die dunkle Seite der schönen neuen Hochschulwelt

Immer mehr Zeitverträge, immer kürzere Laufzeiten – das sind die zentralen Befunde, die jetzt bekannt geworden sind. Dass über die Hälfte der befristet beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen Verträge mit einer Laufzeit von unter einem Jahr haben, ist schockierend. Die

extrem kurzen Vertragslaufzeiten sind nicht nur eine schamlose Ausbeutung junger WissenschaftlerInnen, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen untergraben damit auch die Kontinuität und Qualität der wissenschaftlichen Arbeit in Forschung und Lehre sowie die Attraktivität des Berufs Wissenschaft.

Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen an den Hamburger Hochschu-

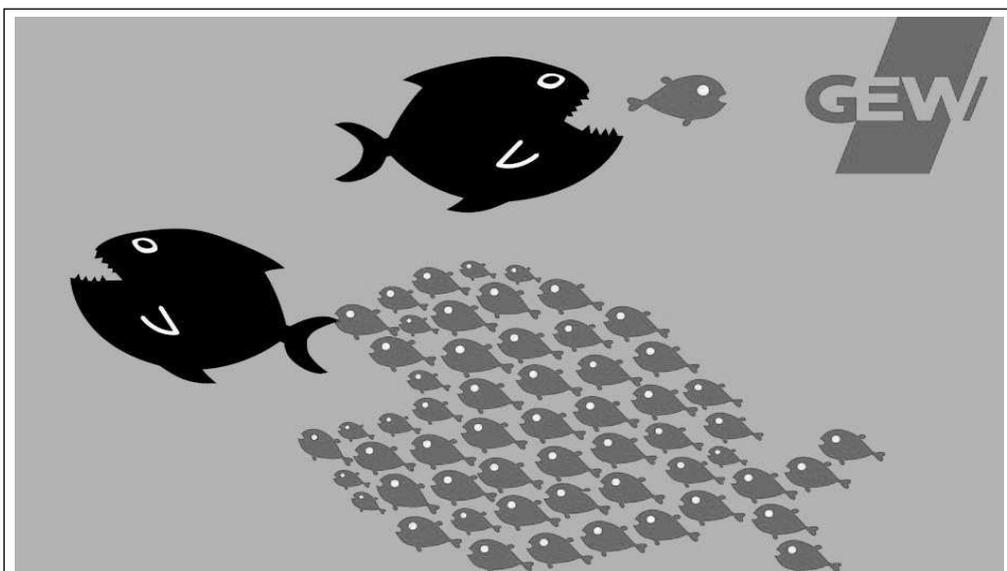
len und Forschungseinrichtungen

Die gute Nachricht: Die Ergebnisse der Evaluation sind Wasser auf die Mühlen des Templiner Manifests der GEW, mit dem sich inzwischen über 7.000 Unterzeichner/innen für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung stark machen. Auch in Bezug auf die Situation in Hamburg fordert das Templiner Manifest, Postdocs verlässliche

Perspektiven zu geben und prekäre durch reguläre Beschäftigung zu ersetzen – also, jetzt erst recht: das Templiner Manifest unterzeichnen und für die eigenen Interessen eintreten!

FREDERIK DEHNDRDT

Weitere Informationen:
www.templiner-manifest.de



Einladung

'Mehr Wissen' braucht mehr Beschäftigte und bessere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen - Für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung

mit Dr. Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung der GEW Bund und Klaus Bullan, Vorsitzender der GEW Hamburg

**am Donnerstag, 10. November 2011 um 18 Uhr
im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Hörsaal A**

Befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung betreffen immer mehr WissenschaftlerInnen. Vielen WissenschaftlerInnen werden selbstständige Forschung und Lehre und verlässliche berufliche Perspektiven verwehrt. Andreas Keller stellt Eckpunkte zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung vor.

Weitere Informationen unter www.gew-hamburg.de/themen/hochschule